

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 1.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Krieg, Hannover.
Druck von Dörns & Köber, Hannover.

Hannover,
2. Januar 1903.

Abonnementpreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Pr.
20 Pf. — Geschäfts-Inserate: die sechsgep. Petitzeile
30 Pf., 6. Wiederh. Rabatt. And. Inserate die Petitzeile 20 Pf.

13. Jahrg.

Bekanntmachung.

Die Vorsitzenden und Unterstützungs-Auszähler wollen sofort, spätestens bis 15. Januar, ihre Adressen angeben, die Unterstützungs-Auszähler auch die Zeit der Auszahlung.

Der Hauptvorstand,
J. A.: O. Bauer.

Geschäftsbericht des Berliner Ringarbeits-Nachweises für 1901.

Wieder ist, wie in den letzten Jahren schon, die Vermittlungstätigkeit des Arbeits-Nachweises von dem Leiter des Statistischen Bureau der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Rothholz, statisch und sehr ausführlich bearbeitet worden. Daß wir zur Besprechung des die gesammten Brauereiarbeiter interessierenden Geschäftsberichtes nicht schon früher gekommen sind, hat mancherlei hier nicht näher zu erörternde Gründe. Da wir die Geschäftsberichte der Vorjahre ausführlich besprochen haben, wollen wir uns für dieses Mal mehr nur auf die Hauptpunkte beschränken.

Eingeschrieben wurden im Arbeitsnachweis 8836 Personen gegen 7881 im Jahre 1900, dagegen eingestellt als fest nur 1768, als Bize 1964, gegen 2529 bzw. 2040 im Jahre 1900. Aufforderungen auf die Arbeitsgesuche ergingen 10 345, gegen 13 223 im Jahre 1900. Nur Bizestellen erhielten 364, gegen 333 im Jahre 1900. Arbeitsgesuche blieben ohne jeden Erfolg 6320, gegen 4822 im Jahre 1900. Im neuen Geschäftsjahre wurden uncollektierte Arbeitsgesuche übernommen 944, gegen 562 im Jahre 1900.

Diese Zahlen geben den Beweis von den Wirkungen der Krise, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt im Berliner Braugewerbe widerspiegeln. Ein um ca. 1000 Personen größeres Angebot von Arbeitskräften als im Vorjahre und auch höher als in allen verflochtenen Jahren, und eine Mindereinstellung von rund 900 Personen gegen 1900. Ja, die Einstellungsziffer der gesammten Einstellungen ist geringer als die der ganzen Jahre rückwärts bis inkl. 1898 mit 4176 Einstellungen. Da der Personalbestand in den Ringbrauereien 1901 ein um 200 höherer war als 1900 — 5048 gegen 4859 — so sind die Ursachen der Mindereinstellung wohl zum Theil darauf zurückzuführen, daß die Arbeitenden weniger ihre Stellen aufgaben, oder in vielen Fällen von der Organisation in ihren Stellen erhalten resp. bei unweiliger Entlassung wieder hineingebbracht wurden. Zum Theil sind die Ursachen der Mindereinstellung, wie es in dem Bericht heißt, „daß einzelne Betriebe durch Einführung neuer Apparate und Maschinen die Menschenkraft reduzieren konnten.“

Zur besseren Uebersicht bringen wir die Zahl der Einschreibungen, Einstellungen, die Länge der Wartezeit u. der letzten beiden Jahre nach Kategorien getheilt; die eingeklammerten Daten und Zahlen gelten für das Jahr 1900.

Bei den Brauereiarbeitern entfielen auf 560 (663) Einschreibungen 132 (242) feste Einstellungen und 553 (782) Bizestellen. Gestrichen wurden 295 (308), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 209 (247). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 221 (138) Tage, bis zur Streichung 81 (53) Tage.

Bei den Böttchern entfielen auf 209 (177) Einschreibungen 23 (40) feste Einstellungen und 135 (160) Bizestellen. Gestrichen wurden 157 (115), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 135 (97). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 167 (115) Tage, bis zur Streichung 50 (39) Tage.

Bei den Handwerkern entfielen auf 1969 (1031) Einschreibungen 236 (136) feste Einstellungen und 98 (65) Bizestellen. Gestrichen wurden 1524 (807), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 1481 (779). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 38 (37) Tage, bis zur Streichung 33 (23) Tage.

Bei den ungelerten Arbeitern entfielen auf 3107 (2931) Einschreibungen 117 (444) feste Einstellungen und 50 (206) Bizestellen. Gestrichen wurden 2851 (2380), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 2827 (2301). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 67 (29) Tage, bis zur Streichung 27 (18) Tage.

Bei dem Fahrpersonal entfielen auf 1324 (1275) Einschreibungen 486 (658) feste Einstellungen und 165 (134) Bizestellen. Gestrichen wurden 691 (530), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 662 (496). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 39 (18) Tage, bis zur Streichung 32 (21) Tage.

Bei dem Maschinenpersonal entfielen auf 456 (481) Einschreibungen 55 (92) feste Einstellungen und 20 (40) Bizestellen. Gestrichen wurden 343 (360), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 335 (348). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 92 (36) Tage, bis zur Streichung 38 (26) Tage.

Bei den Brauereiarbeitern entfielen auf 515 (546) Einschreibungen 201 (205) feste Einstellungen und 197 (207) Bizestellen. Gestrichen wurden 251 (236), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 214 (216). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 43 (27) Tage, bis zur Streichung 38 (23) Tage.

Bei den Flaschenkellerarbeitern entfielen auf 1036 (1012) Einschreibungen 457 (595) feste Einstellungen und 708 (425) Bizestellen. Gestrichen wurden 463 (354), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 369 (275). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 39 (18) Tage, bis zur Streichung 38 (25) Tage.

Bei dem Stallpersonal entfielen auf 162 (132) Einschreibungen 33 (59) feste Einstellungen und 38 (21) Bizestellen. Gestrichen wurden 109 (65), von diesen hatten keine Arbeit erhalten 97 (62). Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Einstellung betrug 29 (17) Tage, bis zur Streichung 30 (23) Tage.

Von 100 Arbeitsgesuchen blieben 75 ohne Erfolg, gegen 63 im Jahre 1900.

Arbeitslose waren am Schlusse des Jahres 1901 noch eingeschrieben: Brauer 133 (113), Böttcher 29 (22), Handwerker 209 (88), Arbeiter 139 (107), Fahrpersonal 147 (87), Maschinenpersonal 58 (29), Brauereiarbeiter 63 (45), Flaschenkellerarbeiter 146 (63), Stallarbeiter 20 (8).

In allen diesen Ziffern im Vergleich zum Vorjahre spiegeln sich die Wirkungen der Krise wieder, von anderen Ursachen abgesehen. Ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit und Ueberschwemmung des Arbeitsmarktes, demzufolge auch geringerer Stellenwechsel, Mindereinstellungen und überall längere Wartezeit bis zur Einstellung und auch bis zur Streichung; man hoffte bis zum Aeußersten auf Arbeit, weil, wie der Bericht sagt: die Arbeiter auch anderwärts auf Erlangung einer Stelle nicht hoffen konnten. Aber das Maximum der Wartezeit bis zur Einstellung oder Streichung war in den einzelnen Fällen weit über das Durchschnittsmaß hinaus und variierte zwischen 57 bzw. 140 Tagen beim Stallpersonal und 253 bzw. 309 Tagen und darüber bei den Brauereiarbeitern. Daneben waren der Einschreibung Arbeitslosenzeiten bei den verschiedenen Kategorien vorangegangen, theilweise von 281—365 Tagen und darüber. Ob die „Satten“ und „Zufriedenen“ sich wohl hineindenken können, welche Summe von Hunger und Noth diese Zahlen enthalten?

Es besonders erwähnens- und bemerkenswerth ist noch, daß in den 7 Monaten von Juni bis Dezember kein einziger Brauer vom Arbeitsnachweis eingestellt wurde und in den 4 Monaten September bis Dezember kein einziger Böttcher, was man bei den anderen Kategorien nicht findet.

Jedenfalls hängt dieses, besonders in Bezug auf die Brauer, mit dem groben Anflug des Prozentfahes bzw. der Politik verschiedener Brauereien zu Gunsten des „Bundes“ zusammen, und wie man da gehandelt hat, beweist die Einstellung von 87 Brauereiarbeitern in derselben Zeit des Vorjahres. Nun, die betreffenden Herren kennen diese Politik sehr genau, und der „Bund“ weiß, was er davon hat.

Der langen Arbeitslosigkeit entsprechend ist auch die Zahl der Unterstützungen gestiegen, die aus den „Prozentfahgelbern“ und Einschreibgebühren bestritten und nach freiem Ermessen des Kuratoriums zugewiesen werden, und zwar auf 6665 Mk. gegen 2072 Mk. im Vorjahre. Die Unterstützungen vertheilen sich auf 418 Personen, und zwar auf 234 Brauer 3640 Mk., auf 52 Böttcher 880 Mk., auf 51 Handwerker 840 Mk., auf 72 Arbeiter und Stallleute 1150 Mk. und auf 9 Ratfcher 145 Mk. Bei dem Kuratorium liefen 684

Unterstützungsgesuche ein, gegen 219 im Vorjahre. Berücksichtigt wurden 418, gegen 156 im Vorjahre. Der Bericht sagt, daß die Unterstützungen so zahlreich erfolgt sind, daß „nicht allein die Einschreib- und Prozentfahgebühren und das Geschenk des Vereins der Brauereien von 1000 Mk. vom Mai 1901, sondern auch der ganze Effektenbestand verschlingen und es erforderlich gemacht haben, daß ein kleines Darlehn hat aufgenommen werden müssen, um allen Ansprüchen zu genügen.“

Thatsächlich wurde am 21. Januar 1902 eine „Bekanntmachung“ im Arbeitsnachweislokal ausgehängt, daß Unterstützungs-gesuche nicht mehr berücksichtigt werden könnten, da der Unterstützungsfonds erschöpft sei. Auf eine Veröffentlichung der Bekanntmachung in der „Brauer-Zeitung“ und entsprechende Kritik überwies die Direktion des Böhmisches Brauereiarbeitervereins dem Unterstützungsfonds 1200 Mk., der Verein der Brauereien 3000 Mk. und mehrere andere nicht bekannte Brauereien 1165 Mk.

Das war wenigstens etwas, aber unter den gegebenen Verhältnissen herzlich wenig Vorath für das Jahr 1902, und es wäre doch wirklich nicht zu viel verlangt, wenn die Brauereien für das Arbeitslosenheer, das sie sich auf Lager halten, etwas mehr thun würden. Herr Dr. Freund hatte ja, „um die Fürsorge für Arbeitslose in eine festere Organisation zu bringen“, einen Entwurf ausgearbeitet, der sich aber nur auf die Brauer und Böttcher bezog, wonach wöchentlich ein Beitrag von 50 Pfg. gezahlt werden sollte, zur Hälfte von den betr. Arbeitern und zur Hälfte von den Unternehmern, der aber von den Arbeitgeber abgelehnt wurde, unter den Bedingungen auch für die Arbeiter unannehmbar und in der Form nicht durchführbar war. Im Jahre 1901 haben wir den Vorschlag in der „Brauer-Zeitung“ gemacht, daß die Brauereien pro Hektoliter des erzeugten Bieres jährlich etwa 3 Pfg. für diesen Zweck verwenden sollten; wie wäre es, wenn man pro Hektoliter wenigstens 1 Pfg. zur Unterstützung stiftete, die Belastung wäre wirklich nicht groß und würde damit ein edlerer Zweck erfüllt, als wenn es den Agerariern zusteht.

Daß die Lage des Arbeitsmarktes im Berichtsjahre eine derartig traurige war, daran sind zum größten Theil auch noch die verschiedenen Bestimmungen des Arbeitsnachweises und das Gebahren verschiedener Brauereien schuld. Vornehmlich ist es die „freie Auswahl“ und der „Prozentfah“. Zunächst die freie Auswahl. Vergleicht man die Zahl der Aufforderungen mit den vermittelten Stellen, so ergibt sich Folgendes:

Im Durchschnitt mußte jeder eingestellte Brauer 5 Mal umsonst nach der ihm zugewiesenen Stelle laufen, jeder gestrichene 1 Mal; jeder eingestellte Böttcher 6 Mal, jeder gestrichene 1 Mal; jeder eingestellte Handwerker 2 Mal; jeder eingestellte Arbeiter 2 Mal; jeder Eingestellte vom Fahrpersonal 4 Mal, jeder Gestrichene 1 Mal; jeder Eingestellte vom Maschinenpersonal 2 Mal; jeder eingestellte Brauereiarbeiter 3 Mal, jeder gestrichene 1 Mal; jeder eingestellte Flaschenkellerarbeiter 3 Mal, jeder gestrichene 2 Mal; jeder Eingestellte vom Stallpersonal 2 Mal, jeder Gestrichene 1 Mal. Das ist der Durchschnitt, Einzelne sind jedoch doppelt und dreifach so oft umsonst gelaufen, und namentlich bei den Brauereiarbeitern und Böttchern sind die ergebnislosen Arbeitsvermittlungen doppelt so hoch als bei den übrigen Kategorien, mit Ausnahme des Fahrpersonals.

Dieses Recht der „freien Auswahl“ ist den Brauereien nach § 8 Abs. 3 des Arbeitsnachweisstatuts gewährleistet, wonach sie eine „Anzahl“ von „Bewerbern zur Auswahl“ verlangen können. Die Bestimmung, daß sie Personen ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einstellen können, wenn sie „geeignete“ unter den Bewerbern nicht finden, ist zwar dahin abgeändert, daß sie erst nochmals den Arbeitsnachweis um Zusendung von anderen „Bewerbern“ ersuchen müssen, und ist ja in Folge dessen die Einstellung ohne Arbeitsnachweis auf Grund dieser Bestimmung auch von 78 im Jahre 1900 auf 23 im Jahre 1901 gesunken, aber nach wie vor bleibt das Recht der freien Auswahl, wonach man die Arbeiter so und so oft von einer Brauerei zur anderen hegt, eines paritätischen Arbeitsnachweises nicht würdig. Im Vergleich mit dem Recht des Arbeiters, nicht konvenirende Stellen auch nicht annehmen zu brauchen, wenn sie ihm nicht passen, kann

diese „freie Auswahl“ der Arbeitgeber nicht gestellt werden, denn gerade die Bedürftigsten unter den Arbeitern, die von dem Recht der freien Auswahl der Arbeitgeber am härtesten getroffen werden, werden von dem ihnen zustehenden Recht der Ablehnung einer Brauerei wohl kaum oder überhaupt keinen Gebrauch machen. Bei Ausübung dieses gegenseitigen Rechts liegt auf Seiten des Arbeiters immer ein Schaden, und je größer, je bedürftiger er ist, — auf Seiten der Brauerei niemals. Das in diesen Bestimmungen liegende „gleiche Recht“ ist also eine leere Phrase, in der Wirkung ist der Arbeiter immer der Geschädigte, und umso mehr, als die Ausnahme in die Listen des Arbeitsnachweises unbegrenzt ist. In dem Recht der freien Auswahl müßten aus Gründen des Rechts und der Billigkeit endlich Änderungen getroffen werden, und es wäre wirklich lobenswerth und auch sehr notwendig, wenn im Arbeitsnachweis Unterlagen geschaffen würden, in wie viel Fällen die Ablehnung von Seiten der Brauereien und der Arbeiter erfolgt, was bisher nicht der Fall ist. Die Haltlosigkeit des Rechts der freien Auswahl seitens der Brauereien würde dadurch ziffernmäßig dargethan werden.

Wie mit dem Recht der freien Auswahl bestimmte Arbeiter monatelang über die Durchschnittszeit arbeitslos gehalten werden, so wird auch durch den „Prozentsatz“ die Arbeitslosigkeit der im Arbeitsnachweis Eingetragenen um ein Bedeutendes verlängert. Im Jahre 1901 wurden durch den Arbeitsnachweis 1768 Personen eingestellt, auf Prozentsatz 240, gleich 14 Prozent. Auf 100 arbeitslose Tage jedes einzelnen durch den Arbeitsnachweis Eingestellten entfallen 14 Tage durch die Einstellung auf Prozentsatz.

Wiel ungünstiger wirkt der Prozentsatz auf die Brauer gegenüber den anderen Kategorien, wie es noch alljährlich war, da auf diese Gruppe allein 93 von den 240 Prozentsatzeinstellungen entfallen, denen nur 132 Einstellungen durch den Arbeitsnachweis gegenüberstehen. Der Prozentsatz beträgt also 70 Prozent der Einstellungen überhaupt. Auf 100 arbeitslose Tage jedes einzelnen durch den Arbeitsnachweis eingestellten Brauers entfallen also 70 Tage Arbeitslosigkeit, die durch die Prozentsatzeinstellungen verursacht wurden. Da die Durchschnittszeit der Brauer i. J. 1901 221 Tage betrug, so kommen hiervon für jeden Einzelnen im Durchschnitt 154 Tage Arbeitslosigkeit auf das Konto der Prozentsatzeinstellungen. Diese Ungerechtigkeit zu beschönigen, dürfte wohl auch der größte Scherz nicht den Muth finden; eine solche Einschränkung gereicht zur Schande eines paritätischen Arbeitsnachweises und sollte lange verschwunden sein.

Nun wurde ja der größte Theil der Brauereien zur Beibehaltung des Prozentsatzes durch die bis Ende des Jahres 1900 im Kuratorium sitzenden Vertreter des Bundes, insbesondere von Lindner, bestärkt. Lindner und die ihm gedankenerwandten Brauereien wissen ja, daß der Prozentsatz, die Ausgliederung einer großen Zahl Kollegen zu Gunsten anderer „Gesinnungstreuen“, nur zur Erhaltung des Mitgliederbestandes des Bundes dient. Und das ist der tatsächliche, wenn auch nicht zugegebene Zweck des Prozentsatzes. Lindner verteidigte den Prozentsatz in der „Bundeszeitung“ damit, daß die kleinen Brauereien zu verantwortlichen Posten befähigte Leute anderwärts zu suchen gezwungen sind, da sie unter ihren Arbeitern eine zu kleine Auswahl haben; bei der Schultzei-Brauerei, die den Prozentsatz nicht benutzt, wäre es etwas Anderes, dort sei die „Auswahl“ größer. Wie lachhaft diese Behauptung an sich ist, wird durch die Thatsache bewiesen, daß die Brauerei Königstadt, eine Hochburg des Bundes und Arbeitsstelle Lindner's, im Jahre 1901 die größte Zahl Prozentsatzeinstellungen unter allen Brauereien hat, und jedenfalls meistens Brauer. Entweder ist also Lindner's Behauptung Plunder, oder aber auf Königstadt sind, trotz dem sie auch eine große Brauerei ist und genügende Auswahl hat, überhaupt keine „befähigten“ Leute vorhanden gewesen, daß man so viel Leute „anderweitig“ zu „verantwortlichen Posten“ suchen mußte. Erkläre mir, Graf Drindur, diesen Zwiespalt der Natur!

Nun sind verschiedene Brauereien gewissenlos genug, diesen die Arbeitslosen so schädigenden Prozentsatz noch zu überschreiten. Der Geschäftsbericht sagt, daß im Berichtsjahre zum ersten Male seit Bestehen der neuen Statuten Konventionalstrafen von je 50 Mk. für vier wiederholte Ueberschreitungen des Prozentsatzes von den betreffenden Brauereien eingefordert und bezahlt wurden. Im fünften Falle konnte die Strafe nicht eingezogen werden, da die Brauerei in Konkurs gerathen war. Unter den vier Fällen betreffen zwei ein und dieselbe Brauerei und ein Fall der Ueberschreitung des Prozentsatzes datirt aus dem Jahre 1900, zur Zeit der Bundesvertreter im Kuratorium, der erst im Jahre 1901 nachträglich „entdeckt“ wurde. Merkwürdig ist, daß die Bundesvertreter während ihrer Amthätigkeit diese Ueberschreitung nicht entdeckt haben. Doch weniger merkwürdig erscheint dieses, wenn wir verrathen, daß auch im Jahre 1901 noch eine ganze Anzahl Fälle „entdeckt“ wurden, wo die betreffenden Brauereien die Prozentsatzeinstellungen dem Arbeitsnachweis nicht gemeldet hatten, wie es ihre Pflicht war, und zwar aus dem Jahre 1900 16 Fälle und aus 1899 4 Fälle. Daß die in diesen zwei Jahren nicht gemeldeten Fälle bei Weitem mehr sind, als nachträglich entdeckt wurden, beweist, daß im Jahre 1901 62

Fälle von Nichtmeldungen von den Bundesvertretern festgestellt wurden. Diese scharfe Kontrolle seitens der Bundesvertreter hat es auch bewirkt, daß im Jahre 1902 nur 6 Nichtmeldungen konstatiert werden konnten. Aber wie mag wohl früher während der ganzen Amthätigkeit der Bundesvertreter bis zum Jahre 1900 incl. gewirtschaftet worden sein, wenn nach Verlauf von einem Jahre noch 16 und nach Verlauf von 2 Jahren noch 4 Nichtmeldungen festgestellt werden konnten. Entweder haben sich die Bundesvertreter um ihre Pflicht nicht gekümmert, wie es sich gehörte, oder sie waren mit den Uebertretungen einverstanden, da es zum Schaden des „Bundes“ nicht war.

Wie schädlich der Prozentsatz auf die Arbeitssuchenden wirkt, glauben wir an Vorstehendem zur Genüge dargethan zu haben, und es ist nicht wahr, daß der Prozentsatz notwendig ist. Außer der Schultzei-Brauerei benutzen jetzt auch das Böhmische Brauhaus und die Vereinsbrauerei den Prozentsatz nicht mehr, und was bei diesen Brauereien möglich ist, ist auch bei den andern möglich und jede gegenseitige Behauptung eine faule Ausrede.

Darum fort mit dem Prozentsatz, um den Arbeitsnachweis allmählich zu einem wirklich paritätischen in seiner Wirkung zu machen, und da das im vorigen Jahre erlassene Rundschreiben des Vorstandes des Brauereivereins zur Einschränkung des Prozentsatzes nichts nützte, so müssen eben diesbezügliche Bestimmungen getroffen werden.

Die Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft Oesterreichs zu den Versprechungen der Regierung.

Mit dieser Tagesordnung wird am 11. Januar in Wien eine Brauereiarbeiter-Versammlung stattfinden. Die Tagesordnung wird bei vielen Brauern ein Bestreben hervorrufen. „Was kümmern uns die Versprechungen der Regierung, wir besinnen uns nicht mit Politik“, wird so Mancher sagen. Die Gewerkschaft des „Brauereibundes“ ist ja nicht spurlos an der Denkmalsart der Kollegen vorübergegangen, es wird jahrelange Arbeit nothwendig sein, um die falschen Ansichten und veralteten Ideen auszumergen. Der „Bund“ hat die Kollegen mit allen Mitteln von den wichtigsten Fragen der menschlichen Gesellschaft ferngehalten, hat sich immer bemüht, den Gesichtskreis der Brauer einzunengen, sie von jedem Verkehr mit „Nichtbrauern“ abzuhalten. Als wirksames Mittel benutzte man das Wort „Politik“, mit dem man die Brauburschen wie Kinder mit dem „Momo“ schreckte. Es hat sich nun bei den Kollegen ein ganz eigener Begriff des Wortes Politik ausgebildet. Alles was nicht verstanden wird, ist Politik. Hat doch einmal einer der Bundesquertöpfe auf die Frage, ob er nicht einen vollständigen Universitätskursus besuchen wolle, die bezeichnende Antwort gegeben: „Jede Wissenschaft ist Politik, und mit Politik befaßt ich mich nicht.“ Unserer Gewerkschaft wurde von dieser Seite immer vorgeworfen, daß sie sich mit Politik befaßt, eine lächerlich dumme Redensart, die trotz aller Widerlegung von den Machern des Bundes wiederholt wird.

Wir organisierten Brauereiarbeiter treiben in der Gewerkschaft keine Politik, die wirtschaftlichen Fragen des Landes oder Staates sind uns jedoch nicht gleichgültig. Wir haben ein großes Interesse an diesen Fragen, weil wir sie an unserem eigenen Leibe verspüren. Wenn Fleisch und Brot theurer werden, beschränken wir uns nicht darauf, in die Klagen unserer Frauen einzuklinken, sondern tragen zu ergreifen, wodurch diese Theuerung entstanden, und berathen in den Organisationsverbänden, ob es Mittel giebt, diesem Uebel abzuhelfen. Wenn große Arbeitslosigkeit Platz greift, genügt es nicht, über schlechte Zeiten zu lamentieren. Pflicht eines jeden denkenden Menschen ist es, nach der Ursache zu forschen und sich darüber klar zu werden, ob es denn unbedingt nothwendig ist, daß tausende Menschen, die arbeiten wollen, hungern, wogegen eine kleine Anzahl, die nicht arbeiten will, von der Arbeit Anderer herrlich lebt. Es ist unling zu sagen: „Ich werde nichts daran ändern.“ Einer gewiß nicht, aber Alle zusammen können Vieles anders machen. Ebenso unvernünftig ist es, sich darauf zu stützen, daß es dem Einen heute gut gehe, die denen es schlecht geht, sollen sich um solche Dinge kümmern. Eine schlecht durchschlafene Nacht des Vorgesetzten hat schon so manchen Arbeiter um seine Stelle gebracht, und das Gutgehen hat schnell ein Ende. Und sind wir nicht alle Menschen, den verschiedenen Zufällen des Lebens ausgesetzt?

Am 11. Januar werden in Wien einige 50 Versammlungen aller Branchen mit der gleichen Tagesordnung stattfinden. Desgleichen werden solche Versammlungen in nächster Zeit im ganzen Reich stattfinden. Es geschieht dies über Beschluß der Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs. Die Nothwendigkeit dieser Aktion liegt auf der Hand. Die Kräfte sind ihre verheerende Wirkung aus. Auch die Brauereien sind indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Laut des Berichtes der Handels- und Gewerksamter ist die Sterterzeugung in Ober- und Niederösterreich und in Steiermark gegen das Vorjahr um 216 714 Hektoliter gesunken, was nur auf den allgemeinen schlechten Geschäftsgang zurückzuführen ist. Die Regierung hat bei Eröffnung der letzten Session des Reichsrathes den Ausschau der Arbeiterkassen-Gesetzgebung, die Einführung einer Invaliden- und Altersversicherung zugesagt und jetzt sehen wir, daß sich dieselbe Regierung ansieht, neue Gatten dem Volke aufzubürden. In den Versammlungen wird die Regierung an ihre Versprechungen erinnert und wir Brauereiarbeiter dürfen nicht zurückbleiben. Wir wollen durch die Versammlung beweisen, daß wir eines Sinnes sind mit allen Arbeitern des ganzen Reichs. Wir theilen die Leiden der gesammten Arbeiterschaft, wir werden auch im Kampfe an ihrer Seite stehen, so wie sie uns oft schon zur Hilfe gerufen ist.

Ich glaube nun die Wichtigkeit der Versammlung in Kürze darzulegen zu haben. Wer bei dieser Versammlung anenthaltend fehlt, ist entweder grenzenlos leichtsinnig und denkt nicht daran, was morgen geschieht, oder er ist so geistesarm, daß er stupid Alles über sich ergehen läßt. Wer nicht leichtsinnig, wer vernünftig ist und das Herz am rechten Fleck hat, wird bei dieser Versammlung anwesend sein.

Wien, 22. Dezember 1902. Stefan Supperl.

Chambre Syndicale de la Corporation Ouvrière des Brasseries du Département de la Seine.

Unter diesem Titel wurde am 21. Dezember ein Brauereiarbeiter-Verein für Frankreich gegründet, der sich vorläufig über Paris und Umgebung erstreckt. Bereits am

15. April 1901 erfolgte die Gründung des Vorgängers des heutigen Verbandes unter demselben Titel, der jedoch aus verschiedenen Gründen, theilweise auch wegen der bedauerlichen Unthätigkeit der Führer gegen Deutsche, wieder einging, wie uns s. B. mitgetheilt wurde. Offenlich hat jetzt eine bessere Einsicht Platz gegriffen, daß die Lohnarbeiter zusammengehören und sich gegenseitig unterstützen, zu unterstützen und Solidarität zu üben haben, ganz gleich, welcher Nation sie angehören. Die Arbeiter sind überall die Unterdrückten, da in gibt es keine Grenze, Grund genug für sie, sich auch an keine vaterländischen Grenzen zu stoßen, sondern ihr Vaterland in der Vereinigung der Berufs- und Klassengenossen zu suchen und zu schaffen.

Angenommen werden nach dem Statut in den Verband alle Brauereiarbeiter, wie Brauer, Küfer, Werkstätten und andere Brauereiarbeiter, welche unter irgend welcher Art in den Brauereien beschäftigt sind, ohne Unterschied der Nationalität. Administrative Funktionen können jedoch, um dem Gesetze vom 21. März 1884 zu genügen, nur von Mitgliedern, welche Franzosen sind, ausgeübt werden. Jede Anhäufung von Funktionen in ein und derselben Person ist absolut untersagt.

Der Zweck der Vereinigung ist nach § 2: Die großen Prinzipien der Gerechtigkeit und Solidarität unter den Mitgliedern zu fördern und aufrecht zu erhalten, und ferner ein gerechtes Verhältnis herzustellen zu suchen zwischen dem Arbeitslohn, dem Wohnungsmiettpreise, den nothwendigsten Lebensmitteln, sowie den unentbehrlichen Gegenständen zum Lebensunterhalt, um so ein möglichst würdiges Dasein sich und seiner Familie sichern zu können.

Außerdem wird sich der Verein mit dem Studium der großen ökonomischen und sozialen Fragen befassen, welche das Interesse der Arbeiter betreffen, und sich behufs dieses mit allen Vereinigungen in Verbindung setzen, welche ähnliche Ziele verfolgen.

Nach § 3 verpflichtet sich jeder Anhänger, „etwaige“ Ungerechtigkeiten seitens der Arbeitgeber unter keinen Umständen zu dulden, unbehindert der Form, unter welcher dieselben zu Tage treten mögen, und die Vereinigung hiervon sofort zu benachrichtigen“, ... und besonders alle Forderungen seitens der Vereinigung zur Durchführung zu bringen.

Nach § 13 sind in den Versammlungen politische wie religiöse Fragen von jeder Diskussion verbannt.

Die Einschreibgebühr beträgt 0,50 Fr., der monatliche Beitrag 1 Fr. Die Verwaltung erfolgt durch einen Vorstand und einen Beirath. Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern, der Beirath außer diesen 5 noch aus 7 Mitgliedern.

Die Unterstützungsbestimmungen sind vorläufig der lokalen Natur des Verbandes entsprechend und ohne feste Sätze; so soll über Unterstüthungsbewilligung in Folge von Streiks oder Arbeitslosigkeit die Generalversammlung befinden.

Seine Domizil hat der Verband: Bourse de Travail 3, Rue du Chateau d'Eau, Paris; Sekretär S. Koch.

Am 21. Dezember wurde in leitlich beschlossener Versammlung der Vorstand gewählt, der sich sofort zwecks Aufschlusses über die Anbahnung der Gegenseitigkeit mit den Verbänden in Deutschland, der Schweiz, Oesterreich und Nordamerika an den diesseitigen Hauptvorstand wandte.

Wir wollen hoffen, daß der französische Verband, das neue internationale Glied der Brauereiarbeiter-Organisationen, bald erkläre, ein Schutz und Wehr der Brauereiarbeiter in Frankreich werde und seinem Zweck, die Interessen der Bekleren zu fördern, in weitestem Maße gerecht werde, wozu es allerdings der möglichst allseitigen Theilnahme der Brauereiarbeiter und der bereiten Mithilfe aller Theilhaftigen bedarf.

Ein neues „Ruhmesblatt“ des Bundes!

Am 22. August 1902 fand in Dresden in einer Sitzung eine Besprechung mehrerer Bundesmitglieder (6) und einiger unorganisierter Kollegen (4) von der Felsenkellerbrauerei statt. Einer der Bundesmitglieder hatte diese Besprechung mehreren Verbandskollegen mitgetheilt, die es als eine Einladung betrachteten und ebenfalls zur Besprechung erschienen. Die Verbandsmitglieder wurden zum Verlassen des Lokales aufgefordert, dem sie nicht Folge leisteten, da sie annahmen, daß sie ein Recht zum Verweilen hätten, daß das, was dort gesprochen werde, das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauche, und sie sich anständig verhielten, und auch die ganze Zusammenkunft den Charakter eines üblichen Bierabends bekam. Erst nach dem Erscheinen von Polizeibeamten erkannten sie den Ernst der Sache und entfernten sich, wobei einer der Verbandskollegen aus Verger über das Verhalten solcher „Kollegen“ die Bemerkung machte, sie — die allein bleiben wollten — wären wohl Anarchisten oder Vaterlandsverräther, daß sie solche Geheimthatskrämerie trieben. Es erfolgte Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch und Beleidigung, und das Bundesmitglied Otto Künze äußerte sich: „Wenigstens kein Gefängnisstrafe, lassen wir die Sache weiter gehen!“ Auch haben diese Herren Kollegen eine Besprechung abgehalten, wie sie den Prozeß weiter führen wollten und wie man auszusagen habe.

Der eigentliche Zeuge des ganzen, an sich vollständig harmlosen Vorfalles war das Bundesmitglied Bernhard Permerx doffer, der etwa Folgendes zu sagen wußte: Von den im Felsenkeller beschäftigten 300 Brauereiarbeitern sind reichlich zwei Drittel im „sozialdemokratischen“ Fachverein. Vorsitzender: „Was bezweckt denn der Verein?“ Zeuge: „Es ist eben ein politischer Verein! Daneben giebt es noch einen Bund deutscher Braugehilfen, der hat neun Mitglieder und befreit wirtschaftliche Verbesserungen und Erhaltung des Brauerstandes. Die anderen Arbeiter sind gar nicht organisiert.“ Vorsitzender: „Wozu Ihnen denn ein Schlag, oder nahmen Sie an, daß Sie terrorisiert werden sollten?“ Zeuge: „Die Fachvereiner wollten vorstellig werden, daß wir entlassen würden. Wir wollten deshalb unter uns berathen. Als wir merkten, daß unsere Sache verrathen war, da auch Organisirte kamen, erklärte ich ihnen, sie sollten das Zimmer verlassen. Später forderte sie auch der Wirth zum Gehen auf.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, wer der Führer war, erklärte der Zeuge, von einem Führer nichts gemerkt zu haben. Das Verbandsstatut kannte der Zeuge auch nicht, worauf ihm der Verteidiger § 1 vorlas, wonach politische und religiöse Fragen ausgeschlossen sind. Der kolossalen Unkenntniß über die Verbandsamthätigkeit und über Wesen und Zweck des „Bundes“ und des „Bundes“ — wenn es nicht wohlüberlegte Heuchelei und Denunziationslust war — ist es wohl anzuschreiben, daß für den Zeugen der Fachverein lediglich ein „sozialdemokratischer“, „politischer Verein“ ist, und der Bund die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse erstrebt. Auf die Frage des Verteidigers, woran seine Aussage läßt, daß durch Betreiben der Fachvereiner die Unorganisirten entlassen werden sollten, knüpfte Zeuge nichts anzugeben. Der Verteidiger erklärte, daß es dann eben Quälerei war, und konstatierte, daß die Vernehmung des Direktors der Felsenkellerbrauerei abgelehnt worden ist, der Bekundete sollte, daß von solchem Vorgehen der Verbandsmitglieder keine Rede sein kann. Der Zeuge Bundesmitglied Janiewicz erklärte auf Befragen, ob er Furcht gehabt habe, daß er terrorisiert würde: „Wir dachten, wir würden aus dem Geschäft gebracht!“ Die Angeklagten bestreiten sämmtlich, gezwungen zu haben, daß sie keinen Zutritt hatten. Festgefesselt wurde, daß weder Schimpfworte noch Drohungen geäußert sind, sondern das

Genehmigen der Angelegenheiten durchaus unzulässig gewesen sei. Sie haben sich gegen Heineke und seinen Kameradschaftlich unterhalten.

Die sechs Angeklagten wurden verurteilt: drei zu je 3 Monaten, drei zu je 2 Monaten Gefängnis. Der lebende, nicht im Gefängnis befindliche wurde am 4. Dezember ebenfalls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, im Ganzen 17 Monate Gefängnis.

Siebzehn Monate Gefängnis wegen Geheimnisräuberei, aus erfindlichem Quatsch verurteilt, wobei die Herren Kollegen allein sein wollten und zum "Sauer" gegen die Unwissenheit von Verbandsmitgliedern die Worte hielten.

Dem Bunde ist ein weiterer "Rehabilitations" eingereicht zu den übrigen. So "pfeift" man die Kollegialität, so "hebt" man den Brauerstand. Wer von den Bundesmitgliedern hat noch ferner Lust, da mitzugehen?

Korrespondenzen.

Bern. Zahlreich besucht war die Monatsversammlung vom 14. Dezember. Erentlicher Weise konnten auch wieder vier neue Mitglieder aufgenommen werden, und eine größere Zahl von Neuanmeldungen steht noch in Aussicht. Hauptberuflich bilden die Vorstandsmitglieder in den Brauereien Heß (zum "Steinbüchel") bei Bern und Max Christen in Burgdorf, über die Verbandssekretäre Gahrholz in Reiterst. Herr Heß hatte vor einigen Wochen plötzlich die Arbeitszeit von 10 auf 5 Stunden herabgesetzt und damit den Lohn der Brauer um 5 Prozent vermindert, trotzdem in seiner Brauerei kein Arbeitsmangel herrschte, sondern erst kürzlich neues Personal eingestellt wurde. Weiter verlangten die Arbeiter der Brauerei Heß Auszahlung des Lohnes während der Arbeitszeit (während sie bisher Stundenlang, oft auch bis Sonntags darauf warten mußten), Einrichtung eines Waschraumes, bessere Behandlung durch den Braumeister und Auszahlung des "Freibiers", sowie für die Vorkauf Auszahlung der Kost, Einschränkung der Sonntagsarbeit und Freigabe des 1. Mal. Schon in der November-Versammlung war eine Kommission gewählt worden, die mit Herrn Heß unterhandeln sollte. Herr Heß antwortete jedoch auf das Gesuch, die Kommission zu empfangen, daß er zu keinerlei Unterhandlungen kompetent sei, und daß man sich an den Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes wenden solle. Auf zwei noch einmalige Schreiben, worin ihm die Klagen und Forderungen dargestellt wurden und er nochmals um Empfang der Kommission ersucht wurde, gab er gar keine Antwort. Darauf wurde Gewerkschaftssekretär Calam bei Herrn Heß persönlich vorstellig, konnte jedoch nur wenig erreichen. Auch der Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes gab auf die Beschwerden keine befriedigende Antwort, sondern nahm Herrn Heß in Schutz. Unter diesen Umständen konnte sich die Versammlung mit dem Resultat der Unterhandlungen nicht zufrieden erklären, sondern beschloß, weitere Schritte zu unternehmen, nur den berechtigten Klagen Abhilfe zu schaffen.

Ueber den Konflikt mit der Brauerei Max Christen in Burgdorf ist in der "Ztg." schon wiederholt berichtet worden. Neuerdings schrieb der Zentralvorstand des Brauereiarbeiterverbandes an Herrn Christen, daß er die Forderungen, nachdem nunmehr das neue Geschäft in Betrieb gesetzt sei, bewilligen möchte. Herr Christen, der bekanntlich früher jegliche Unterhandlung mit dem Zentralvorstande abgelehnt hatte, sandte nunmehr ein längeres Schreiben, worin er mitteilte, daß er eine neue Fabrikordnung dem Regierungsratze eingeleitet habe, und sich entschuldigte, daß er sie nicht vorher den Arbeitern vorgelegt habe, da er die betreffende Bestimmung des Fabrikgesetzes nicht gekannt habe, und versprach, den Forderungen betreffend Einschränkung der Ruhepausen und Einrichtung eines Waschraumes nachzukommen, dagegen die Auszahlung des "Freibiers" abzulehnen. Der Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes schrieb auch in dieser Angelegenheit an den Zentralvorstand des Brauereiarbeiterverbandes und ersuchte ihn, sich mit den von Herrn Christen gemachten Zugeständnissen zu begnügen. Die Sektionsversammlung, der diese Angelegenheit vom Zentralvorstande unterbreitet wurde, erklärte jedoch, an der Forderung der Auszahlung des "Freibiers" sowohl bei Herrn Christen wie bei Herrn Heß festhalten zu wollen. Was den übrigen Inhalt des Schreibens des Herrn Christen betrifft, so wollen wir hier nicht darauf eingehen, der Zentralvorstand hat ihm die richtige Antwort darauf gegeben.

Hensburg. Am 13. Dezember fand im Mühlenspavillon unsere ziemlich gut besuchte Monatsversammlung statt. Nach Erledigung aller Punkte der Tagesordnung kam zur Sprache, daß zwischen den Herren Braumeistern der Aktienbrauerei und der Exportbrauerei eine Vereinbarung bestände, wonach die Brauereiarbeiter, welche auf der Brauerei beschäftigt waren, auf der anderen nicht mehr eingestellt werden. Als unlängst ein Kollege auf der Exportbrauerei um Arbeit anzusuchen, wurde er vom Herrn Braumeister auf später vertrüßelt. Als der Kollege nun äußerte, auf der Aktienbrauerei anzusprechen zu wollen, bekam er zur Antwort, daß er dann nicht mehr auf die Exportbrauerei zu reflektieren brauche; denn er, der Braumeister, stelle keinen mehr ein, welcher auf der Aktienbrauerei gearbeitet habe, wie auch der Braumeister der Aktienbrauerei Mitmanden von der Exportbrauerei mehr einstelle. Dies hat auch der Braumeister der Aktienbrauerei gezeigt, als im Herbst mehrere Kollegen anzusprechen. Beim Ansehen der Zeugnisse fragte er, wo die Kollegen zuletzt gearbeitet hätten. Auf die Antwort: "Wir waren auf der Exportbrauerei" gab er ihnen mit einer abweisenden Geberde die Zeugnisse wieder. Man fragt man sich: Ist es nicht hart genug, wenn Einer, ob ausgestellt oder durch irgend einen Grund entlassen, trotzdem ist? Warum muß dem Betroffenen noch die Existenz in Hensburg unmöglich gemacht werden? Wahrscheinlich, eine schöne Hoffnung für verheiratete Kollegen. Die Herren Braumeister haben sich offenbar die Tragweite dieser Vereinbarung nicht recht klar gemacht. Wenn im Verhältnis zu Gehalt und Stellung die Brauereidirektionen auch solche Vereinbarungen treffen und einem beschäftigt gewesen Braumeister die Existenz im betreffenden Staate unmöglich machen, würde nicht einem solchen Manne die Zornesröthe über diese Handlungsweise ins Gesicht steigen? Die Anwesenden waren nicht gerade sehr erbaunt über diese Vereinbarung und werden sich wohl um so enger an die Organisation anschließen, um die Stellung der Brauereiarbeiter nach Kräften zu sichern und zu erhalten.

Frankfurt a. M. Die Versammlung vom 14. Dezember war ziemlich besucht. Das Andenken an den so plötzlich verstorbenen Kollegen Kermann ward durch Erheben von den Sigen gelehrt. Da zum Vortrag über die Presse der Referent nicht anwesend war, kam alsdann die Behandlung der Verbandsmitglieder in der Brauerei Bindung zur Sprache. In dieser Brauerei wurde wieder ein Verbandskollege entlassen. Die Gründe zur Entlassung müßten ja vom gerechten Standpunkte aus als sich selbst zugegeben werden, wenn nicht dort ein gewisses System in der Behandlung herrschen würde. Der betreffende Kollege, welcher im Jahre 1899 bei seiner Einstellung als einer der besten Arbeiter galt, kann seit seiner Eintritt in die Organisation nichts mehr erreicht machen. Durch einen Zufall, welcher in der Brauerei Bindung zu finden ist, wurde der Kollege nach einem kleinen Vergehen in die Mälzerei befördert. Wenn auch Herr Karl Bindung in dieser Sache schreibt, seine Vorderburschen handeln unparteiisch, so kann behauptet werden, daß der Vize-Obermälzer Usman das Gegenteil thut. Selbst Braumeister Schwaab giebt den unorganisierten Arbeitern Zeit zum

Vernein des Hausenwischens, während Andere zum Thore hinaus gejagt werden. Es sind z. B. noch Schmidt und Kleinlein in der Mälzerei beschäftigt, welche bis jetzt noch keinen Hausen wischen können, sie werden aber Berücksichtigt, weil sie eben Vieh sind. Und das nennt Herr Bindung Alles unparteiisch. Auch das ist unparteiisch, wenn Nichtmitglieder des Verbandes die ganze Zeit auf der Schwelke Wagen fahren, die bei Usman nicht gut angeschrieben aber immer einfließen müssen. Durch diese vielen, schon jahrelangen Beschwerden über die Chikanerereien des Usman kommt die Versammlung zu der Ansicht, daß Usman aus der Mälzerei entfernt werden muß. Zu diesem Zwecke wird eine Kommission, bestehend aus Arbeitern der Brauerei Bindung, gewählt, welche bei der Direktion vorstellig werden soll. Sollte die Kommission nicht angenommen werden, soll unverzüglich der Verwaltung Mitteilung gemacht werden, um beim Gewerkschaftsrat die nötigen Schritte zu veranlassen. Unter Verschiedenem wird beschlossen, Sammellisten auszugeben, um den arbeitslosen Kollegen eine kleine Weisheitsunterstützung gewähren zu können.

Hüttenwald. Man weiß nicht recht, ob der Kampf gegen den Verband in der Brauerei Stimmung von Seiten des Besitzers oder vom Braumeister, mit flüchtiger Gewerkschaftsmitteln des Besitzers, ausgeht. Das letzte Vorkommnis wird offensichtlich darin klarer und auch endlich Wandel schaffen. Schon vor einem Vierteljahre ging die Entlassung eines organisierten Hilfsarbeiters A. wegen "schlechten Geschäftsganges" unter eigentümlicher Begründung vor sich. Derselbe war der Bekleidungsstelle im Keller und ihn als "Bekleidungs" zu klassifizieren und entlassen zu können, erklärte Herr Stimming, daß er sein Geschäft in 2 Abteilungen, die Brauerei und Mälzerei in der Stadt und die Kellerei in Reichenbach, theile. Nun ist wieder der Schriftführer Sch., aus der Abteilung Kellerei entlassen worden, der schon über 4 Jahre dort beschäftigt ist, nach ihm sind noch zwei eingestellt mit ca. zwei Jahren Tätigkeit. Mangel an Arbeit konnte man hier nicht gut vorführen, da gleich anderen Tages ein Kollege aus der Mälzerei nach dem Keller mußte, um die Arbeiten zu bewerkstelligen, und zudem Sch. auch garnicht Bekleidungsarbeiten zu machen war. Herr Stimming wies die angelegene Vermittlung des Vorsitzenden zurück und sollte Sch. selbst zu ihm kommen. Dagegen gegenüber stellte er sich so, als ob er von der Entlassung bis zur Stunde noch nichts gewußt habe und schickte ihn zum Braumeister. Hier ersuchte er denn die "Gründe" der Entlassung. Er (Sch.) wäre im letzten halben Jahre drei Mal zu spät zur Arbeit gekommen, des Weiteren sei er Abonnent der "Märkischen Volksstimme" und habe auch Agitation im Geschäft betrieben. Diese "Gründe" werden wohl dem Braumeister selbst als nicht stichhaltig erschienen sein, denn auf die Bemerkung Sch.'s, daß Herr Bekleidungsstelle sei, sagte der Braumeister: "Und wenn Alles gehen muß, dieser Mann - Wöhrig ist im Bund - ist mein Freund, der kommt nicht aus meinem Geschäft!" Damit hat der Braumeister selbst zugegeben, daß nicht Entlassungsgründe, sondern seine "Freundschaft" mit dem Bekleidungsstellen maßgebend für die Entlassung Sch.'s war, weil er seinen "Freund" nicht entlassen wollte. Der Herr Braumeister wird wohl selbst annehmen, daß wir uns derartige Praktiken denn doch nicht gefallen lassen werden, mögen sie nun mit oder ohne Wissen und Willen des Herrn Stimming betrieben werden. - Schon wegen Bezahlung des Wühlages, den Herr Stimming seinen Leuten vom Lohn in Abzug gebracht hatte, mußte der Vorsitzende erst vorstellig werden - es scheint schwer zu halten, sich an die Ordnung der Dinge zu gewöhnen.

Greiz. Die Versammlung vom 13. Dezember war gut besucht. Zum 1. Punkt wurde eine Lohnkommission gewählt, der zur Aufgabe gemacht wurde, den Lohnstarif, der hier schon existiert, etwas besser auszurufen und den drei hiesigen Brauereien zur Unterbreitung vorzulegen, um ein einheitliches Lohnverhältnis in Greiz herzustellen. Bei der Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender Golde, als 1. Kassierer Wagner, als 1. Schriftführer Renner und als Kartelldelegierter Maier gewählt. Es ist nun Pflicht des neuen Vorstandes, sich der Zahlstelle anzunehmen, um sie immer noch an Zahl der Mitglieder höher und um auch den letzten Mann in unsere Reihen zu bringen.

Kassel. In der am 20. Dezember stattgefundenen Versammlung berichtete Schellhose namens der Kommission über die Direktion die Wiedereinstellung ablehnen. Zur Ausarbeitung des nächsten Lohnstarifs wurde eine Lohnkommission gewählt, die mit der Frage vertraut ist. Auf einen Antrag Staumanna's, in kürziger Zeit eine öffentliche Versammlung gegen den Wucherstarif abzuhalten, erklärte der Vorsitzende, daß diese schon in Aussicht genommen sei.

Kempten. Alle Versuche, die Wiedereinstellung des ohne Grund entlassenen Vorsitzenden in Güte herbeizuführen, scheiterten an der Starrköpfigkeit des Besitzers. Das Gewerkschaftskartell wandte sich deshalb in einem höflich gehaltenen Schreiben vom 10. Dezember an den Besitzer, in dem es darauf hinwies, daß der Vorsitzende nur wegen seiner agitatorischen Tätigkeit entlassen wurde, worin eine Nichtachtung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts erblickt, und ersuchte um die Wiedereinstellung, sowie Unterlassung jeder Nachregelung von Verbandsmitgliedern, da sonst ein friedliches Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unmöglich ist. Eine Kommission wollte am 14. Dezember vorschlagen. Die gewöhnliche Antwort zur angegebenen Zeit erfolgte nicht und nahm sich der Vorsitzende selbst noch einmal die Mühe, bei dem Betriebsleiter, Herrn Langenmeier vorzusprechen. Letzterer begnügte sich jedoch damit, mit allerlei Ausreden darzutun, daß die Entlassung nicht wegen der agitatorischen Tätigkeit erfolgt sei, die Kommission könne nicht vorlassen, da sein Bruder krank, seine Mutter eine alte Frau wäre, und man solche Ausregung vermeiden müsse. Das Kartell beschloß deshalb, zum 21. Dezember eine öffentliche Volksversammlung mit entsprechender Tagesordnung einzuberufen. Die Versammlung war auch sehr gut besucht. Ueber den Punkt: "Das Vorgehen der Brauerei Hamburg gegen den Vorsitzenden" referierte Genosse Gafemann. Er erläuterte, warum man die Organisation bekämpfe, und daß man in dem Vorsitzenden die Organisation treffen wolle, der sich in keiner Weise habe etwas zu Schulden kommen lassen. Auf seinem Posten war es seine Pflicht, so zu handeln, wie er es gethan. Weiter führte G. aus, daß die Organisation keinen Wert habe, wenn nicht das Prinzip derselben hochgehalten werde, und daß solche Vorkommnisse nur von einem blinden kapitalistischen Terrorismus herrühre, der die Rechte und die Macht der Arbeiter nicht kennt, oder kennen will. Die Brauereibesitzerin F. A. Langenmeier mit ihren Söhnen hätte sich doppelt schwer vergangen, da sie weder den Brief beantwortet, noch die Kommission empfangen habe. Das sei eine Nichtachtung einer großen Zahl von Arbeitern Kemptens. Die anwesenden Arbeiter zollten dem Redner lebhaften Beifall. Ueber den zweiten Punkt: "Das Verhalten der Brauereien zu unserem Gesuch", referierte Kollege Gargenetter. Derselbe führte in drei viertelständigen Referate den Rückwärtigen das Entstehen der Zahlstelle und die Entwicklung bis zur jetzigen Höhe vor Augen. Er hebt dabei alle nennenswerten Vorkommnisse hervor, die wie auch immer dazu angehan waren, die Organisation der Brauereiarbeiter in ihrer Entwicklung zu hemmen, daß es unter solchen Maginationen immer schwerer wurde, Mitglieder zu werben; trotzdem sei es

einigen aelberuhten Arbeitern gelungen, die Zahlstelle zu stärken und die Mitglieder aufzuklären, so daß solche Unterdrückungen wie hier nicht nur nicht mehr schaden, sondern wehr zur Agitation beitragen. Nachdem H. noch betonte, daß weder auf unser Gesuch vom 10. November, noch auf unser Antwortschreiben vom 8. Dezember, in welchem bis 20. Dezember Antwort verlangt wurde, eine Antwort ergangen, und daß dies eine Zurückweisung und Nichtachtung unserer gerechten Wünsche sei, schloß er noch die Zustände in einigen Brauereien Kemptens. Als erste Brauerei mit den besten Verhältnissen bezeichnet sich die Brauerei Gumburg. Und wie sieht dort die Zustände? Von früh 6 Uhr bis Abends 6 Uhr dauert die Arbeitszeit, mit 1 Stunde Pause, das ist Vor- und Nachmittags Bespergeil. Der Kaffee wird um 6 1/2 Uhr getrunken und nimmt oft keine 10 Minuten in Anspruch. Mittag wird so lange gemacht, als man zu dem famosen "Essen" braucht, und kann dieses oft als die schwerste Arbeit, aber nicht als Pause bezeichnet werden. Die Arbeit ist sehr anstrengend, denn der Betrieb geht noch von Hand, und so kommt es vor, daß man von einem Kriebel zum anderen muß, und diese Apparate bezw. Aufzüge gehen so leicht, daß man meistens genötigt ist, die ganze verfügbare Kraft anzuwenden, damit's umgeht; so ist es auch kein Wunder, wenn dem Arbeiter in 2 bis 3 Stunden die Knochen weher thun, als es in einem Maschinenbetrieb dies Abends 6 Uhr der Fall ist. Dazu kommt noch die Zwangsloft. Trotzdem in der Brauerei Gumburg sechs verheiratete Arbeiter beschäftigt sind, wurde dem Gesuch auf Abschaffung derselben nicht Rechnung getragen. Zu begreifen ist dies leicht, denn erstens braucht man für die Verheirateten keine Schlafstube und ausbezahlt wird dafür nichts. Sobald ein lediger Kollege dem verheirateten Platz macht, gleich wird den nächsten Tag das Bett weggenommen. Zweitens erhält jeder Einzelne Folgendes: Früh Kaffee mit 2 Semmel, ist 10 Pf. Frühstück wird für 4 Pf. Brot vorgezeichnet und bekommt man noch 10 Pf. ausbezahlt. Mittags giebt's 5 Mal Dönsfleisch, 2 Mal Schweinebraten, gelotten. Damit man sich aber nicht so voll ist, ist hier auch schon gefordert. Das Fleisch, wenn es genießbar ist, ist zu wenig, denn ein Mann, der 6 1/2 Stunde schwer arbeitet, muß sich an 85 Gramm, im höchsten Falle 130 Gramm Fleisch satt essen können. Zum Deper giebt's nur für 4 Pf. Brot und für das Abendessen werden 30 Pf. ausbezahlt. So ernährt man also in der Brauerei Gumburg den Arbeiter pro Tag mit 98 Pf., den Mittagstisch zu 40 Pf. gerechnet, gewiß nicht zu niedrig. Jedes Gericht fest heute fast immer 1,50 Pf. pro Tag für Ernährung fest. Dazu sei noch bemerkt, daß es am Sonntag seit Ostern dieses Jahres kein Brot mehr giebt, außer den Kaffeemehln. Dazu kommt dann noch die "humane" Behandlung; es kommt bloß darauf an, wie man's auffaßt. So in der "besten" Brauerei Kemptens. Als schlechtesten schilberten wir vor kurzer Zeit die Verhältnisse der Bayerischen Hof-Brauerei. Der dortige Besitzer und mit ihm der Braumeister Herr Andreas Ringenfeld tragen jeden Tag dazu bei, daß der Betrieb der Ehre würdig ist. Zu der langen Arbeitszeit, zu einer unerschöpflichen Kost, wo man staunen muß, daß man sich nur getraut, solche Zustände aufrecht zu erhalten, kommt noch die denkbar schlechteste Behandlung. So wurde dort ein Kollege kürzlich so geschlagen, daß er unter 14 Tagen das Spital nicht verlassen kann. Zu den Augen sah der Mann fast nicht mehr heraus, sein Gemüth wurde ihm vom Leibe gerissen und war voll Blut. Der Besitzer Herr B. Or a f drückte ihn so lange beim Halse an die Wand, daß der Kollege umarmte als man ihn losließ, und so fiel er auf den Boden in die Erde, dort traktierte ihn der Meister mit Fuhrtritten gegen die Brust und den Kopf. Von einem Stoß gegen die Schulter hat der betreffende Kollege heute noch Schmerzen. Zuletzt kam dann den beiden Barbaren noch der Tagelöhner Weg. Weg zu Hülfe, indem er auf den Kollegen mit einem meterlangen Holzstiel aufsetzte und schrie: "Schlag dich tot!" Er wurde jedoch von einem anderen Kollegen abgehalten. Die ganze Gesellschaft ist nicht wertig, daß wir damit noch mehr unsere Zeitung besudeln. Daß es hier erklärlich ist, daß man einen organisierten Arbeiter nicht leiden will, braucht nicht betont zu werden. Unser Vorkommnis werden des Vorsitzenden bekam er von Herrn Graf die Antwort, daß er dabei bleibe, daß der Mann gehen soll, wenn er dem Verband den Rücken nicht kehrt. Er passe nicht auf uns auf, es sei ihm gleich, ob er 1600 Hektoliter Malz verarbeite oder 3000 Hektoliter; wir sollen nur gehen mit unserem Kram und sollen uns schämen, daß wir uns von den armen Leuten verhalten lassen; wir hätten den Mann nur ins Fackeloch getrieben, sonst wäre er nicht so. So wie diese Vertriebe giebt's in Kempten noch mehr, wenn auch nicht auf eine solche Art und Weise gehandelt wird. Mehrere Diskussionsredner äußerten sich, daß solche Zustände mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Es wurde dann am Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heute Sonntag, den 21. Dezember, stattgehabene Volksversammlung weist, nachdem sie die Ausführungen des Referenten und Vorsitzenden der Brauereiarbeiter vernommen hat, mit Entrüstung das Gebahren der Brauerei Gumburg, sowie die Handlungsweise aller Brauereibesitzer der Organisation der Brauereiarbeiter gegenüber zurück, und fordert alle in den Brauereien beschäftigten Arbeiter auf, der Organisation beizutreten. Indem die Versammlung ihre moralische und materielle Unterstützung der Brauereiarbeiter im Falle eines Kampfes zusichert, spricht sie den Wunsch aus, daß diese traffen Zustände in den Kemptener Brauereien möglichst bald durch die Organisation beseitigt werden." Diese Resolution wurde den nächsten Tag in dem hiesigen Tage- und Anzeigebblatt veröffentlicht. Die Redaktion setzte in Kammer bei, daß auch von der anderen Seite solchen Wünschen entsprochen werde. Bis heute ist aber von der anderen Seite noch nichts gesehen, was wir uns wünschen wissen. Die Brauereiarbeiter Kemptens sollten aber dem Auftrage Folge leisten, und sich der Organisation anschließen, mehr als bis heute können wir dann unsere gemeinsamen Interessen wahren. Kollegen Kemptens, am 10. Januar 1903 findet die Generalversammlung statt: er scheint Alle, prüfet und urtheilt nach Eurem inneren Empfinden, was wohl und weh thut, muß Jedermann unterscheiden können. Kollegen, agitiert im neuen Jahre noch mehr wie im alten. Kommt zunächst alle Einzel-Pflicht nach, bevor Ihr dieses von einem Anderen verlangt.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung aller in Brauereibetrieben beschäftigten Personen tagte am 21. Dezember im Restaurant Martin, Seeburgstraße. Kollege Wör erläuterte den Zweck und Nutzen eines Arbeitersekretariats. Nachdem mehrere Redner für und gegen die Errichtung eines derartigen Instituts gesprochen, wurde der Beschluß gefaßt, diese Angelegenheit in einer der nächsten Versammlungen nochmals durchzusprechen, um dann einen endgiltigen Beschluß herbeizuführen. Zu Revisoren für das vierte Quartal wurden Hensgen, Baier und Sachse gewählt. Dem Vorschlag von Stübchen, jedem in Leipzig arbeitslosen organisierten Kollegen 5 Mk. als Weihnachtsgeschenk zu verabreichen, gab man statt. Auf ein an den Verband der Brauereien von Leipzig und Umgebung gerichtetes Schreiben, worin um Aufhebung der zu Jour sowie um Einschränkung einer 14-tägigen Kündigungsfrist für die Flaschenbier-Aufgeber nachgesucht wird, ist eine mit Bedauern abzulehnde Antwort erfolgt. Ob die Herren Brauereibesitzer in nächster Zeit den Brauereiarbeitern (dazu gehören auch die Flaschenbier-Aufgeber) wohl wieder solche unbegründete Antwort zugehen lassen? In der Brauerei G. W. Staumann ist die Sonntags- und Jour für das Winterhalbjahr abgeheft. Wie notwendig die 14-tägige Kündigungsfrist ist, lehrt folgender Fall: In der Brauerei von Ernst Bauer wurde kürzlich ein Flaschenbier-

Ruflicher entlassen. Fehlerer hat nun bei seiner Kundschaft...
Wünchen. Unter zahlreicher Beteiligung der Klassenmit-

glieder und auch der ausständigen Arbeitgeber sind am 23. November im Saale des städtischen Schanzenpavillons die ordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse VI für die Nahrungs- und Genussmittel-Industrie statt. Der 1. Vorsitzende des Klassenverbandes, Hofkonditor Max Bernhard verbreitete sich zu Beginn der Versammlung über die Lage der Klasse, die trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur eine stetig fortschreitende, befriedigende Entwicklung zeigt.

Diese habe auch gestattet, im abgelaufenen Semester den Klassenärzten zwar nicht die erbetene Prozente, wohl aber eine 25prozentige Honorarverhöhung zu gewähren und die Klasse der außer dem Haushalt nach den Mindestlöhnen der ärztlichen Gesundheitsordnung bezahlten Leistungen um ein beträchtliches zu erweitern. Die im Vorjahre endlich erreichte gesetzliche Höhe des Reservefonds und der voraussichtlich günstige Abschluß des laufenden Geschäftsjahres bieten die Aussicht, der nächsten Generalversammlung einen Antrag auf eine sehr wesentliche Erweiterung der Leistungen in Bezug auf die Krankentherapie von dreizehn auf achtzehn bis zwanzig Wochen unterbreiten zu können, ohne aber dabei an eine Erhöhung der Beiträge denken zu müssen.

Bei der Ergänzungswahl für die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurde neu gewählt Weidener, Brauer, Unionsbrauerei. Die Bezahlung der vollen Kurkosten für geschlechtskrankte Mitglieder in den hiesigen Krankenhäusern war bisher seitens der Klasse an eine schmonaldische Kasienangehörigkeit gebunden. Die eminente Wichtigkeit der Aufhebung auch dieser letzten einschränkenden Bestimmung in sozialer Hinsicht und die noch den angestelltesten Berechtigungen doch nicht zu erheblichen Mehraufwendungen hierfür gaben der Vorstandschäft Veranlassung, der Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, für alle geschlechtskranken Mitglieder die Kurkosten im vollen Betrage zu übernehmen. In der anschließenden Debatte wurde von Wörz, Weidener und Lindner hervorgehoben, daß schon mit Rücksicht auf eine mögliche Verhütung des Kaufens und Konsumierens Publikum es Pflicht der Klasse für die Nahrungs- und Genussmittel-Industrie sei, in dieser Beziehung die weitgehendste Krankenfürsorge zu treffen und keine Kosten zu scheuen. Die Abstimmung hierüber ergab die einstimmige Annahme dieses Antrages. Eine lebhafteste Debatte rief die Mitteilung des Vorstandes über die in München seitens des Gewerkschafts- und Arbeitervertretervereins eingeleiteten Bestrebungen nach einer Zentralisierung der bestehenden 10 Ortskrankenkassen hervor. Nachdem Vorsitzender Bernhard über die demaligen Verhältnisse der hiesigen Ortskrankenkassen sich verbreitet und über den Verlauf der in dieser Angelegenheit abgehaltenen Vorstandsversammlung berichtet hatte, spricht hierzu D. Schrems, Brauer. Er hatte vor allem den gegenwärtigen Zeitpunkt des schwersten wirtschaftlichen Niederganges nicht für geeignet, an eine Zentralisierung heranzutreten, denn es sei vor allem dem Arbeitnehmer unmöglich, noch höhere Beiträge zu entrichten, und ohne solche sei es eben ausgeschlossen, teilweise höhere Leistungen, wie sie von zentralisierten Klassen geleistet würden, zu gewähren.

Die seitens der Klasse VI angestellten rechnerischen Erhebungen und Gegenüberstellungen mit den Klassen in Frankfurt und Leipzig hätten dies zur Evidenz gezeigt. Heute würden sich die gut fundierten Klassen nur in das eigene Reich schneiden, heute könne man auch als Freund des Zentralisationsgedankens sich zu einer Zentralisierung nicht bereit erklären. Weidener wünscht, es möchten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer offen ausgesprechen, um zu einem gezielten Resultate zu gelangen. Gört, Konditor, zieht vor allem die Verwaltungslosigkeiten unserer vier bis fünf hiesigen Krankenkassen in Parallele mit denen der Frankfurter und Leipziger Klassen, und konstatiert, daß sich hier eine bedeutend höhere Prozentzahl der letztgenannten Klassen ergebe, die eine Zentralisierung sicherlich auch uns beschleunigen würde. Die gewiß wünschenswerte Familienversicherung sei dort wohl bezahlt, Eintrittsgelder, die z. B. in Frankfurt einen sehr wesentlichen Posten bildeten, könne man in München überhaupt nicht u. s. w. Das Fazit der Betrachtungen und Berechnungen ergebe, daß mit der heutigen Beitragsleistung auch noch größere Klassen nicht mehr gewährt könnten, als dies bei unserer Klasse, die doch auch an 8000 Mitglieder zähle, heute schon der Fall und für die nächste Zeit beachtlich ist. Wörz, Metzgermeister, beantragt nach dieser Klarlegung der Verhältnisse, die Zentralisierung abzulehnen. Eine entsprechende Resolution von Seiten der Klasse wird einstimmig angenommen, nachdem Gört dieselbe dahin ergänzt hatte, daß die Zustimmung „vorzeit“ nicht gegeben werden könne. Beim letzten Punkt ersucht Schrems die Vertreter der Arbeitgeber, dahin wirken zu wollen, daß den Klassenmitgliedern das ihnen statutenmäßig gewährte Recht der freien Wahl unter den Klassenärzten nicht durch Verweisung an einen bestimmten Arzt seitens der Arbeitgeber oder deren Organe wieder entzogen werde. Dem nach siebenjähriger Tätigkeit ausstehenden stellvertretenden Vorsitzenden, Kellermeister Chr. Bauer, wird der Dank für seine erspriessliche Dienstleistung ausgesprochen.

Schönbeck. In der Kaiserbrauerei war ein Kollege wegen schlechten Zustehens seines Hauses entlassen worden. Da derselbe nach seiner Meinung keinen Fehler begangen hatte und die Entlassung auf die Zugehörigkeit zum Verband zurückzuführen, bemühte sich der verantwortliche Kollege Bauer mit einer Kommission um eine Unterhandlung mit der Betriebsleitung wegen dieses Falles. Der Besitzer, Herr Kommerzienrat Alendorff, zeigte sich als ein sehr loyaler Herr und erklärte, daß keinem Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit etwas in den Weg gelegt werden dürfe, er verlange, daß

jeder Arbeiter zu seinem Rechte komme. Die Wiedereinstellung überließ er dem Braumeister, gegen welche er selbst nichts einwände. Nach Rücksprache mit dem Herrn Braumeister, der auch seinerseits versicherte, daß er Niemandem hindere, außer seiner Arbeitszeit zu thun und zu lassen, was er wolle, und den Verhandlungsmittlern nichts im Wege lege, konnte der Kollege wieder anfangen. Diejenigen Brauereiarbeiter der Kaiserbrauerei, die bisher in dem Streitumfange waren, daß sie Schaden durch den Beitritt zum Verband erleiden würden, werden nun hoffentlich einsehen, daß ihre Furcht unbegründet war, und werden nunmehr dem Verband beitreten. So jemandem in dieser Beziehung Unrecht geschieht, dem wird sicher sein Recht werden, wie es Herr Alendorff verlangt. Diesen Wunsch des Herrn Alendorff werden sich auch hoffentlich die beiden ersten Mitglieder annehmen, und mit ihrem bisherigen unerhörten Treiben aufhören, das jedenfalls nicht nach dem Sinne des Herrn Alendorff ist.

Sollingen. Am 14. Dezember tagte im Lokale Ern eine gut besuchte Versammlung. Vier Kollegen der Brauerei Weidmann ließen sich ausnehmen, so daß wir dort jetzt schon die stattliche Zahl von 19 Mitgliedern haben. Dieses ist der regen Agitation, sowie dem festen und festlichen Zusammenhalten der Kollegen zu verdanken. Ferner wurde Beschwerde über 2 Dilliger Mitglieder geführt und bezüglich dieser sowie der Hühnerkollektoren der Weidener das Weitere veranlaßt. Ein Mitgliedsführer Kollege ermahnte die Mitglieder, stets den Verband zu unterstützen und Jeder möge seine Pflicht thun und für seine Rechte eintreten.

Bewegungen im Berufe.

† Lüneburg. In Kampfe der Arbeiter gegen Herrn Müllering hat jetzt auch die Militärbehörde Partei ergriffen für Herrn Müllering. Nach Rücksprache der Boykottkommission mit dem Besitzer des Wintergartens bestellte dieser das kurz zuvor eingeführte Kronenbier ab. Sogleich wurde der Militärkollekt über das Lokal verhängt, den Soldaten verboten, dort zu verkehren. Wertmindernde Weise werden dort weder sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, noch verkehren dort Sozialdemokraten, so daß eine „Fahrt für das Vaterland“ absolut nicht vorlag. Die Militärbehörde hat also nur den Verweis als Antiboikott zu Gunsten des Herrn Müllering in sich gefühlt, denn jetzt ist der Militärkollekt über den Wintergarten wieder aufgehoben, doch mußte der Besitzer dem Regimentskommandeur das Versprechen geben, wieder Kronenbier, also von den Arbeitern boykottiertes Bier, zu verschicken. Wir meinen, die Militärbehörde ist zu etwas Anderem da, als im Kampfe der Arbeiter mit den Unternehmern Partei für Letztere zu ergreifen; allerdings hat sie Strafmandate von Seiten der Polizei nicht zu fürchten, wie sie den streikenden und boykottierenden Arbeitern beschert wurden. Doch wird sich's ja zeigen, welcher Boykott wirksamer ist, der von der Militärbehörde oder der von der Arbeiterschaft.

Mündschau.

Das Bureau der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sowie die Redaktion des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission ist zum 1. Januar nach Berlin SO, Engelster 15 (Gewerkschaftshaus), verlegt worden.

Bekanntmachungen.

Trotzdem wir schon wiederholt darauf hingewiesen haben, daß bei Mitanfechtung eines Mitgliedsbuches die erhaltene Unterstützung übertragen werden muß, so kommt es immer wieder vor, daß dieses nicht geschieht. Es hat wieder ein Kollege, welcher sein Buch in Gmünd nutzte, wiederholt Unterstützung erhalten, weil in das neue Buch nichts übertragen war. Wir fordern die Zahlstellenverwaltungen nochmals auf, wo dieses nicht geschieht, es nachzutragen. Der Hauptvorstand. Z. N.: G. Bauer.

Quittung.

Vom 22. bis 23. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Hannover 20.—, Neullingen 42.—, Mannheim 137.—, Gamm 270.—, Cham 150.—, Neustadt a. O. 1.—, Wilschhofen 3,90.—, Weiersdorf 3,90.—, Gannover 6.—, Weichenfels 21,56.—, Bielefeld 45,35.—, Schwab-Gmünd 35.—, Neullingen 1.—, Sollingen —50.—, Gamm 25,05.—, Braunschweig —30.—, Tauberscheidheim 1,50.—, Magdeburg 90,26.—, Passau 3.—, Wilmars 8,80.—, Alfersheim 4,40.—
Für Quirate ging ein: Berlin 8,44.—, Zwickau 2,40.—, Charlottenburg 67,50.—, Kiel 60.—, Wolfenbüttel 2.—, Stuttgart 3.—
Für Abonnements ging ein: Uffenhörn 3.—, Brauereifachverein Lausanne 5,64.—, Brauereifachverein Zürich 28.—

Verbandsnachrichten.

Achtung, Brauer Berlin!
Am nächsten Sonntage, 4. Januar, finden wiederum die Wahlen zum Kuratorium des Arbeits-Nachweises statt. In der letzten öffentlichen Versammlung wurden folgende Kandidaten für die Brauer aufgestellt:
1. Heyder, Erbschleute Wirth und Sigler,
2. Tröger, Godapp und Mlekto,
Agitare ein Jeder unter seinen Kollegen, damit die Genannten gewählt werden. Die Legitimationskarten sind in den Komptoirs der Brauereien in

Empfang zu nehmen. Ohne Legitimationskarte kann Niemand wählen. Stimmzettel werden vor der Wahl ausgehändigt. Der Eingang zum Wahllokal ist Müllerstraße 6.

Die Agitations-Kommission.

* Berlin. (Sektion der Hilfsarbeiter.) Zu der am 4. Januar stattfindenden Kuratoriumswahl zum Arbeitsnachweis sind als Kandidaten der Hilfsarbeiter folgende Kollegen aufgestellt: Wittg Lied W. Jordan, 1. Ersatzmann Fr. Schweiger, 2. Ersatzmann W. Schubert; Wittg Lied G. Carl, 1. Ersatzmann Fr. Jurisch, 2. Ersatzmann H. Schipporeit. Die Kollegen wollen darauf achten, daß nur Stimmzettel mit diesen Namen abgegeben werden. Zur Berechtigung zur Wahl sind Legitimationskarten erforderlich, die in den Komptoirs der Brauereien zu haben sind. Ohne Legitimationskarte kann Niemand wählen.

* Wo befindet sich der Brauer Johann Wirth, zuletzt in Kockendorf bei Halbborn? Um Auskunft ersucht der Hauptvorstand.
* Frankfurt a. M. Sektion II. Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung sollen die Beiträge jeden dritten Freitag im Monat von 8 1/2 Uhr Abends ab im Lokal Bierheilig, Große Unterpass 56, Sachhausen, abgeliefert werden.
* München. Die Adresse des Vorsitzenden O. Schrems ist Haberstraße 22, 1. Et. r.

Totenliste.

Münchberg. Am 26. Dezember starb nach langem Krankenlager unser allderechtes Mitglied R. Fischermann, Maschinenist in der Lederbrauerei, im Alter von 38 Jahren. Er hinterläßt eine Witwe mit 8 Kindern. Seine Tätigkeit in unserer Organisation in den diversen Vertrauensstellungen, so auch als Lohnkommissionsmitglied bei den Tarifverhandlungen, sichern ihm ein ehrendes Andenken.
Hirsch. Am 18. Dezember starb nach langem Leiden Kollege H. Hallweger in seiner Heimat Engen, Baden, im Alter von 26 Jahren an der Prostatierkrankheit. Möge ihm die Erde leicht sein.

Versammlungen finden statt in:

- Alzey. Sonntag, 4. Januar, 3 Uhr, bei Söhn, Generalversammlung. Alle erscheinen.
- Angsburg. Sonntag, 11. Januar, 2 Uhr, im Willebachshof. Neuwahl der Verwaltung. Erscheinen Aller ist Pflicht. — Die Versammlung vom 4. Januar fällt aus.
- Böckum. Sonntag, 4. Januar, 3 Uhr, bei Böck, Generalversammlung. Sämtliche Mitgliedsbücher mitbringen.
- Chemnitz. Sonntag, 4. Januar, 2 1/2 Uhr, in Mücket's Restaurant, Senefelderstraße, Generalversammlung. Alle erscheinen.
- Dortmund. Sonntag, 4. Januar, bei Buchmann, I. Kampstraße 49, Generalversammlung.
- Düsseldorf. Sektion II. Sonnabend, 3. Januar, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vortrag des Gen. Leiser über Krankens- und Unfallversicherungswesen. Wir erwarten pfllichtgemäßes Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
- Frankfurt a. M. Sektion II. Sonntag, 4. Jan., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokal Ecker, Dreißigstr. 3. Näheres durch Handzettel. Nichtmitglieder mitbringen.
- Galke II. Sonntag, 4. Januar, 6 Uhr, bei Gaultmann, Jahresbericht.
- Gamm. Sonntag, 4. Januar, 2 Uhr, im Lokal des Herrn Winkler, Könnigstraße 34. Vortrag des Herrn Redakteurs Bövel, Dortmund. Die Kollegen von Ulma, Sost, Weil wollen erscheinen.
- Heidelberg. Sonnabend, 3. Januar, bei Kolb, Beyer, Generalversammlung.
- Kempten. Sonnabend, 10. Januar, Generalversammlung. Jahresbericht und Neuwahl des Ausschusses.
- Krefeld. Sonntag, 4. Januar, Vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokal Wunsch, Dülferstr. Vollständig erscheinen.
- Leinfried. Sonntag, 4. Januar, 2 Uhr, im Lokal „Krone“. Alle erscheinen.
- Münchberg. Sonntag, 4. Januar, 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Wilhelm a. d. R. Sonnabend, 3. Januar, bei Kolb. Alle erscheinen.
- Münchberg a. Rh.-Kaff. Sonnabend, 3. Januar, 8 1/2 Uhr, bei Witwe Müller, Wallstr. Alle erscheinen.
- Nemtscheid. Sonntag, 4. Januar, 4 Uhr, bei Hte, Petersberg, öffentliche Brauereiarbeiterversammlung. Erscheinen Aller notwendig.
- Neullingen. Sonntag, 4. Januar, 2 Uhr, bei G. Wisker, hinter der Fruchthalle: General-Versammlung. Wahl der Zahlstellen-Verwaltung.
- Schönebeck. Sonntag, 4. Januar, 7 Uhr, im „Feldschützen“ bei Münch. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Alle erscheinen.
- Weimar. Sonnabend, 3. Januar, 8 Uhr, General-Versammlung im Vereinslokal. Jahresbericht und Vorstandswahl.
- Wien. Sonntag, 11. Januar, 3 Uhr, im Saale zum „Grünen Krappl“, Mariahilferstraße 42, Versammlung aller Brauereiarbeiter.

Vergnügungs-Anzeigen.

Simmerberg. Am 17. Januar findet im Gasthof Narg in Simmerberg Brauerball mit Militärkapelle aus Wundau statt. Alle Verbandskollegen der Umgegend sind freundlichst eingeladen. Bahnstationen: Köthenbach und Weiter.

20 Mk. Belohnung
Demjenigen, der die Adresse des Brauers Schwalbe aus Langenbach ausfindig macht. Nachricht erbittet
L. Beck, Frankfurt a. M., Quirinstr. 7, Dg., 2. Et.

Am die Adresse des Kollegen Paul Mühl aus Anspornch in Schlesien ersucht dringend
A. Adler, Essen, Alendorferstraße 246.

Unsere werthen Verbandskollegen Franz Schulz und seiner lieben Frau Maria zur Geburt einer Tochter die besten Wünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei Peter, Krefeld.

Die allerbesten Glückwünsche
Zum Jahreswechsel
sendet allen Freunden und Bekannten

Joh. Dohm,
Kiel,
Spezial-Geschäft für Bierbrauer.

Adressen
aller Branchen und Berufsstände der ganzen Welt liefert unter Postgarantie billigst
Adressenhaus
Adolf Arft,
Dresden A., Annosstr. 73.

Hannover.
Zentral-Verkehr d. Brauereiarbeiter und Arbeitsnachweis von
Hans Kleinert,
Knochenhauerstr. 24,
hält sich den durchreisenden Kollegen bestens empfohlen.
Sauberes Logie. — Gute Essen. — Billige Preise.

Brauer-Herberge München
Goethestraße 17.
Den reisenden Kollegen bestens empfohlen.
Jos. Fendt, Besitzer.

Mannheim.
Meinen werthen Freunden, sowie allen Brauereiarbeitern zur Nachricht, daß ich mein Gasthaus „Kleiner Mayerhof“
P. 6. 17/18,
ältester Verkehr der Brauer, wieder selbst übernommen habe. Wie bekannt, gute reinliche Betten, vorzügliche Verpflegung, billige Preise und aufmerksame Bedienung.
Friedrich Steinmetz.

Mauchfleisch,
echtes Rothhafer Bauernfleisch, versende per Nachnahme pro Pfund für 1 Mt 5 Pf. Sogachtungswoll
X. Engmüller,
Mauchfleisch-Veranstaltung, Pfarrkirchen, Niederbayern.

Wilhelm Rosen,
Zur „Hohenburg“,
München, Gollnerstraße 38.
Franz Stubenböck sen.
Schneidemeister,
München, Frauenstr. 23, 1
nahe Viktualienmarkt,
beschäftigt sein ältestrenommiertes Spezial-Maassgeschäft für Brauer

(Durch vortheilhaftesten Einkauf neuerer Stoffe, Erprobung bekannter theurerer Labormittel, Leistungsfähigkeit in empfehlende Erinnerung zu bringen. Gemäß Lohnzahlung nach Tarif (mit entsprechender Abweichung bei billigen Sachen) wird für tabellöses, stets neuestes Façon, sowie beste Arbeit garantiert.

Den Verbandskollegen der „Germania-Brauerei“, Wolfenbüttel, für die werthvollen Geschenke, sowie für die Gratulationen anlässlich unserer Hochzeitsfeier herzlichsten Dank.
Gottlob Franz und Frau.
Unsere werthen Kollegen
Anton Hechtl
und seiner lieben Braut Frau.
Fanny
die herzgl. Glückwünsche zur Verlobung.
Die Verbandskollegen der Aktienbrauerei Simmerberg.